Zentrale Forderungen des BUND Berlin für einen Koalitionsvertrag 2026

Berlin braucht einen Neuanfang bei Klima- und Umweltschutz

Berlin braucht jetzt eine Verpackungssteuer gegen Einwegmüll!

Berlin versinkt im Einwegmüll, obwohl die Stadt Zero-Waste City werden will. To-go-Verpackungen prägen das Stadtbild, verschmutzen Parks und Straßen und verursachen hohe Kosten für die Allgemeinheit. Eine kommunale Verpackungssteuer ist ein einfaches und wirksames Mittel, um Müll zu reduzieren und Mehrweg zu stärken.

Der BUND Berlin fordert:

- Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen für Gastronomie, Lieferdienste und Take-away-Angebote
- Konsequente Kontrolle und Durchsetzung der bestehenden Mehrwegangebotspflicht

Warum das wichtig ist

Einwegmüll prägt das Stadtbild in Berlin. To-Go-Verpackungen machen einen großen Teil des Mülls im öffentlichen Raum aus und verschmutzen Straßen, Parks und Gewässer. Jedes Jahr fallen in Berlin sieben Millionen Tonnen Müll an.

Die Allgemeinheit zahlte allein für die Beseitigung von illegal abgelagertem Müll über zehn Millionen Euro im Jahr 2024 – nicht die Verursacher.

Mehrweg setzt sich zu langsam durch. Trotz gesetzlicher Pflicht bleibt Einweg oft günstiger und bequemer. Ohne klare politische und wirksame Anreize bleibt echte Abfallvermeidung die Ausnahme.

Weitere Forderungen aus dem Abfall- und Ressourcenschutz finden Sie hier.

Berlin braucht seine Grünflächen – umso dringender, je heißer es wird!

Jeden Sommer wird es heißer in Berlin und aufgeheizte Wohnungen machen allen zu schaffen. Grüne Flächen wie Parks, Wälder, Kleingärten oder Friedhöfe wirken wie natürliche Klimaanlagen – doch immer weiter werden grüne Freiflächen für Bebauung zerstört. Berlin braucht eine kluge und zukunftsweisende Stadtpolitik, die bezahlbares Wohnen mit konsequentem Hitzeschutz verbindet.

Der BUND Berlin fordert:

- Grüne Flächen nicht mehr zubauen
- Wohnraum auf bereits bebauten Flächen schaffen
- Zusätzliche Grüne Flächen in benachteiligten Quartieren schaffen
- Keine Änderungen des Flächennutzungsplans von Grün zu Grau
- Förderung des Waldes als natürliches, dynamisches Ökosystem – als grüne Lunge, die sich weitestgehend selbst an die Bedingungen des Klimawandels anpassen kann

Warum das wichtig ist

Grünflächen sind mehr als Erholungsräume. Sie leisten einen essenziellen Beitrag gegen das Artensterben in der größten bekannten Biodiversitätskrise und stabilisieren die Grundwasserneubildung.

Bebaut wird am falschen Ort. Statt alte Bürohäuser zu nutzen oder auf bereits versiegelten Flächen zu bauen, plant Berlin neue Straßen und Bauprojekte ausgerechnet auf Wiesen, Wald und Freiflächen – etwa in der Wuhlheide, im Emmauswald oder auf dem Tempelhofer Feld.

Wohnen und Hitzeschutz müssen zusammengedacht werden. Berlin braucht bezahlbaren Wohnraum – aber nicht auf Kosten von Grünflächen, die als Hitzeschutz und Lebensraum unverzichtbar sind.

Weitere Forderungen aus dem Bereich Flächenschutz finden Sie hier.

Berlin braucht eine echte Wärmewende – klimaneutral und sozial gerecht!

Der Gebäudebestand ist einer der größten Hebel für den Klimaschutz – doch bei der Wärmewende gibt es bislang keine überzeugenden Konzepte. Gleichzeitig steigen die Energiekosten, ohne dass die Lasten gerecht verteilt werden. Berlin muss die Wärmewende endlich entschlossen und sozial gerecht vorantreiben.

Der BUND Berlin fordert:

- Verbindliche Klimaziele für landeseigenen Energie- und Wohnungsunternehmen
- Konsequente und sozialverträgliche energetische Sanierung des Gebäudebestands
- Eine wirklich klimaneutrale Fernwärme – keine Scheinlösungen durch Müll-, Gas- und Holzverbrennung
- Gleiche infrastrukturelle Rechte und derselbe Vorrang für Nahwärmenetze und Energiegenossenschaften wie für die landeseigene BEW (Berliner Energie und Wärme GmbH)

Warum das wichtig ist

Bei der Wärmewende bewegt sich zu wenig. Trotz spürbarer Klimakrise gibt es in Belin keine überzeugenden Konzepte für die Wärmewende – dabei ist der Gebäudebestand einer der größten Hebel für den Klimaschutz.

Fernwärme droht in die falsche Richtung zu laufen. Scheinlösungen durch Müll-, Gas- und Holzverbrennung verschwenden Ressourcen, bedrohen die Natur und treiben die Preise für Verbraucher*innen weiter nach oben.

Klimaschutz braucht sozialen Ausgleich. Steigende Energiekosten treffen einkommensschwache Haushalte am härtesten – die Lasten der Energiewende müssen gerecht verteilt werden.

Weitere Forderungen aus dem Bereich Klima & Energie finden Sie hier.

Berlin darf nicht auf dem Trockenen sitzen bleiben!

Berlin darf langfristig nicht mehr Wasser entnehmen, als sich neu bilden kann. Trotzdem fehlt es bislang an klaren Regeln zum Schutz des Grundwassers und an einer fairen Verteilung der Wasserentnahme zwischen Haushalten, Industrie und Gewerbe. Auch die Finanzierung des Gewässerschutzes und die Beteiligung der Öffentlichkeit müssen dringend verbessert werden.

Der BUND Berlin fordert:

- Verbindliche Mindestgrundwasserstände und Schutz des Grundwassers als Lebensraum
- Vorrang für private Haushalte und den öffentlichen Sektor bei der Wasserentnahme gegenüber Industrie und Gewerbe
- Zweckbindungen der Wasserentgelte für den Gewässerschutz sowie eine Gebühr für Oberflächenwasserentnahmen
- Echte Bürgerbeteiligung bei Planungen und Umsetzung von Gewässerschutzmaßnahmen

Warum das wichtig ist

Berlin verbraucht mehr Wasser, als nachgebildet wird. Ohne Mindestgrundwasserstände und klare Prioritäten bei der Wasserentnahme drohen langfristige Engpässe für Mensch und Natur.

Wassergebühren versickern im Haushalt, statt Gewässer zu schützen. Erst eine Zweckbindung der Wasserentgelte stellt sicher, dass Gewässerschutz und Gewässerentwicklung solide finanziert werden.

Wasserpolitik braucht mehr Demokratie. Planung und Umsetzung von Gewässerschutzmaßnahmen müssen breit und öffentlich diskutiert werden – nicht hinter verschlossenen Türen.

Berlin braucht eine echte Mobilitätswende – sicher, gerecht, klimafreundlich!

Trotz spürbarer Klimakrise gab es zuletzt einen erheblichen Rollback bei der Mobilitätswende und massive Kürzungen im Umweltbereich. Der Stadt- und Straßenraum muss gerechter aufgeteilt werden, um Klimaziele zu erreichen, Schadstoffemissionen zu senken und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Statt weiterem Autobahnausbau braucht Berlin ein starkes Rad- und Straßenbahnnetz.

Der BUND Berlin fordert:

- Ein sicheres, flächendeckendes Radverkehrsnetz statt weiterem Stadtautobahnausbau – A100-Verlängerung und TVO sofort stoppen
- Tempo 30 auf Hauptstraßen und sichere Querungen für schutzbedürftige Verkehrsteilnehmer*innen
- Zügigen priorisierten Ausbau des Straßenbahnnetzes statt punktuellem U-Bahn-Ausbau
- Ausweitung des Anwohnendenparkens mit echter Lenkungswirkung und effizienter Bewirtschaftung

Warum das wichtig ist

Weniger Autoverkehr bedeutet mehr Lebensqualität. Eine gerechtere Aufteilung von Stadt- und Straßenraum zwischen Auto-, Rad-, Fuß- und öffentlichem Verkehr senkt Schadstoffe in der Luft und macht Berlin lebenswerter. und ist zugleich unverzichtbar, um die Klimaziele der Stadt zu erreichen.

Tempo 30 rettet Leben. Weniger Tempo im Straßenverkehr ist eine der schnellsten und wirkungsvollsten Maßnahmen, um Unfallzahlen zu senken und schutzbedürftige Verkehrsteilnehmer*innen zu schützen.

Die Straßenbahn ist schneller am Ziel als die U-Bahn. Ein funktionierender, flächendeckender und sozial gerechter ÖPNV ist für Berlin unverzichtbar. Reiner U-Bahn-Ausbau ist zu langsam und zu teuer und kann nur punktuell wirken – die Straßenbahn schafft flächendeckend zügig neue Kapazitäten.

Berlin, Oktober 2026